

Auf ein Wort MIT SABINE POSCHMANN

Zwei Vokabeln beschreiben Sabine Poschmann besonders treffend: SPD und Dortmund. Ihre berufliche Laufbahn führte die ausgebildete Industriekauffrau und Betriebswirtin über verschiedenste Stationen bei den Dortmunder Stadtwerken und anschließend bei der Dortmunder Energie- und Wasserversorgung. Politisch war sie schon seit Jugendzeiten, sie stammt aus einer SPD-Familie, 1985 trat sie in die SPD ein, engagierte sich als Jugendvertreterin, Betriebsrätin und Vorsitzende der SPD-Betriebsgruppe. Zehn Jahre lang war sie ehrenamtlich Mitglied im Rat der Stadt Dortmund. Seit 2013 ist SPD-Politik ihr Beruf: Für den Wahlkreis Dortmund II sitzt die 51-Jährige im Deutschen Bundestag. Dort ist sie nicht nur BVB-Fanclub-Vorsitzende, sondern vor allem die Beauftragte für den Mittelstand und das Handwerk der SPD-Bundestagsfraktion – und damit unsere erste Ansprechpartnerin, wenn es um die Belange der Gebäudereinigung geht.



Bundesinnungsmeister Thomas Dietrich (re.) im September 2019 zu Gast im Deutschen Bundestag bei Sabine Poschmann, MdB (li.)

Die SPD hat erstmals eine Doppelspitze gewählt – machen zwei Menschen an der Spitze auch doppelt so gute Arbeit?

► Ich finde das Modell einer Doppelspitze aus einem Mann und einer Frau schon seit Längerem sehr spannend. Zwei Menschen an der Spitze können sich gut ergänzen, vielleicht auch auf etwas andere Themen fokussieren. Ein Duo muss in sich schon teamfähig sein und sich reflektieren, das betrachte ich als Chance für die gesamte SPD. Grundsätzlich war es darüber hinaus richtig, die Parteimitglieder einzubinden. Die Mehrheit hat entschieden, deshalb heißt es jetzt gemeinsam gestalten.

Mittelstand und Handwerk wünschen sich von der Politik unisono Flexibilität, keine neuen Belastungen bei Steuern und Sozialabgaben sowie weniger Bürokratie – was ist in dieser Hinsicht das Politikangebot der SPD an die Unternehmen?

► Vor Kurzem haben wir das Bürokratie-

entlastungsgesetz III beschlossen. Für Unternehmen bedeutet das eine jährliche Entlastung von über einer Milliarde Euro. Bürokratie ist aber ein Dauerthema, das wir weiter auf dem Schirm haben, daher visieren wir schon das Bürokratieentlastungsgesetz IV an. Mit der Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung auf zunächst 2,5 Prozent und ab 1. Januar 2020 auf 2,4 Prozent sorgen wir auch dafür, dass die Sozialabgaben nicht zu stark ansteigen. Seit 2005 hat sich der Arbeitslosenversicherungsbeitrag somit mehr als halbiert. Beim Thema Steuern ist die SPD gegen Senkungen mit der Gießkanne. Es ist aber denkbar, beispielsweise tarifgebundene Unternehmen steuerlich besserzustellen, um Anreize zu setzen.

Unsere aktuelle Branchenumfrage besagt, dass knapp Zweidrittel unserer Unternehmen unzufrieden mit der Arbeit der GroKo sind. ([leister.de/presse/aktuelle-presseinformationen/detail/biv-konjunkturumfrage-herbst-2019/\)](https://www.die-gebauedienst-</p>
</div>
<div data-bbox=)

Was ist Ihre Erklärung für solch ein negatives Urteil?

► Ich bin fest davon überzeugt, dass die Koalition inhaltlich wichtige Arbeit leistet und gute Ergebnisse abliefern. Es ist jedoch offenkundig, dass diese Errungenschaften bei den Menschen und auch in der Wirtschaft nicht zu 100 Prozent ankommen. Der Grund dafür sind viele Nebenkriegsschauplätze. Zu lange hat es Streit gegeben, zwischen den Koalitionsfraktionen, dann innerhalb der Unionsfraktion. Auch wir als SPD müssen selbstkritisch anmerken, dass wir kommunikativ dazulernen müssen.

An welchen Stellschrauben muss das Handwerk stärker drehen, um auch künftig eine starke Marke zu bleiben?

► Zunächst muss betont werden, welche wichtige Stütze das Handwerk ist: Trotz insgesamt schwächerer konjunktureller Lage präsentiert sich die Branche einmal mehr robust und stabil. Es gibt jedoch genügend Herausforderungen, die bewältigt werden müssen, um dieser Rolle in der Zukunft weiter gerecht werden zu können. Ich sehe vor allem zwei Punkte: Die Tarifbindung muss wieder steigen, um attraktiv zu bleiben, und natürlich muss auch im Handwerk die Digitalisierung gemeistert werden.

Stichwort Digitalisierung – ist das Handwerk in diesem Themenfeld gut genug gerüstet für die Zukunft?

► Die Digitalisierung fordert das Handwerk auf jeden Fall heraus: Der Konkurrenzdruck nimmt zu, z. B. durch Online-Plattformen, auf denen Laien ihre Arbeit anbieten.



Sabine Poschmann,
Mitglied der
SPD-Bundestagsfraktion

Gleichzeitig muss die Digitalisierung als Chance begriffen werden: Sie kann Möglichkeiten bieten, Mitarbeiter zu entlasten, neue Kunden zu gewinnen oder komplett neue Geschäftsmodelle zu etablieren. Mein Eindruck in den Gesprächen mit Menschen aus den verschiedenen Gewerken des Handwerks ist, dass es schon viele vielversprechende Ideen und Ansätze gibt. Manchmal würde ich mir aber etwas mehr Mut wünschen. Wir als Politiker müssen unterstützen, wo es nur geht und gute Rahmenbedingungen schaffen. Wir haben wichtige Programme etabliert, ich denke da z. B. an das Kompetenzzentrum Digitales Handwerk. Bei der Thematik gibt es aber auch in Berlin noch Luft nach oben. Die Digitalisierung bleibt dabei ein gesamtgesellschaftliches Thema, das Handwerk kann man nicht isoliert betrachten.

„In der Praxis werden Minijobs jedoch leider viel zu oft zur Sackgasse ohne Perspektive auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ...“

Der Azubimangel zieht sich nahezu durch alle Gewerke des Handwerks und weit darüber hinaus? Wie muss die Antwort der Unternehmen lauten? Und wie kann Politik die duale Ausbildung stärken?

► Der Fachkräftemangel ist ein ganz zentrales Problem, das höre ich fast immer, wenn ich mit Praktikern aus dem Handwerk spreche. Ein Kernpunkt ist: Nur noch 30 Prozent der Arbeitsverträge im Handwerk sind tarifvertraglich geregelt. Das hat höchst problematische Folgen – zwei von drei jungen Menschen wandern nach ihrer Ausbildung im Handwerk wieder ab, rund 35 Prozent der Abgänger suchen sich besser bezahlte Jobs in der Industrie. Um diesen Trend zu stoppen und das Handwerk wieder attraktiver zu machen, brauchen wir dringend mehr Tarifbindung.

Das System der dualen Berufsausbildung hat sich bewährt und massiv zum Wohlstand unserer Gesellschaft beigetragen. Daher ist es immer unser Bestreben, die duale Ausbildung zu stärken und sie fit für die Zukunft zu machen. Im Oktober haben wir daher das Berufsbildungsgesetz reformiert. Zentraler Bestandteil dieses Gesetzes ist die Einführung einer Mindestausbildungsvergütung, aber auch

Punkte wie die Möglichkeit der Teilzeitausbildung für alle Auszubildenden oder der gesetzliche Freistellungsanspruch für Prüferinnen und Prüfer im dualen Ausbildungssystem sind wichtige Stellschrauben.

Wir sind der einzige Arbeitgeberverband, der sich seit Jahr und Tag für die Abschaffung der Minijobs stark macht. Auch die SPD hat sich dieses Thema auf die Fahnen geschrieben. Warum passiert an dieser Front innerhalb der GroKo rein gar nichts?

► Als SPD ist es unser Ziel, Menschen in sozialversicherungspflichtige Arbeit zu bringen. Minijobs waren ursprünglich u. a. als Brücke gedacht, um zum Beispiel nach Phasen der Kindererziehung oder Erwerbslosigkeit wieder in den Arbeitsmarkt einzusteigen. In der Praxis werden Minijobs jedoch leider viel zu oft zur Sackgasse ohne Perspektive auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigung: Jeder siebte Minijobber übt seine jetzige Tätigkeit länger als fünf Jahre aus. Weiter- oder Fortbildung findet kaum statt.

Es gäbe daher genug Argumente für eine Abschaffung der Minijobs. Eine Mehrheit dafür zu finden, ist jedoch alles andere als leicht. Es gibt starke Verfechter dieses Modells, u. a. bei unserem Koalitionspartner, aber auch bei anderen Parteien im Bundestag sowie Branchenverbänden von Arbeitgebern. Ich finde es gut, dass die Gebäudereiniger hier eine andere Position vertreten!

Bei der Thematik Minijobs müssen jedoch auch Menschen berücksichtigt werden, die Arbeit auf 450-Euro-Basis bewusst und gerne annehmen – bspw. Rentner, die sich etwas dazuverdienen möchten. Hier müssen für die Zukunft Lösungen gefunden werden.

Um die Diskussion voranzutreiben, werde ich Anfang nächsten Jahres ein Fachgespräch zum Thema Minijobs mit dem DGB und Arbeitgeberverbänden initiieren.

Eine pragmatische Lösung wäre, die 450-€-Grenze zu dynamisieren, sodass Unternehmen Flexibilität haben und Beschäftigte von steigenden Tarifföhnen profitieren – warum lehnt die SPD das ab?

► Eine Anhebung bzw. Dynamisierung der Grenze lehnen wir ab, da wir auf diese Weise Minijobs manifestieren würden. Unser Ziel ist es jedoch im Gegenteil, geringfügige Beschäftigung abzubauen, da sie viele Probleme mit sich bringt. Neben der bereits angesprochenen fehlenden Perspektive ist das insbesondere die Gefahr der Altersarmut, da nur sehr geringe Rentenansprüche erworben werden. Wer 20 Jahre einen Minijob macht, erwirbt einen Rentenanspruch von monatlich 86 Euro – wenn freiwillig drei Prozent des Lohns in die Rentenkasse abgeführt werden.

Letzte Frage: Sie sind Bundestagsabgeordnete aus Dortmund. Was werden wir früher erleben, dass der BVB mal wieder Meister wird oder dass in Deutschland die Minijobs im gewerblichen Bereich abgeschafft werden?

► Man muss realistisch sein: Die völlige Abschaffung der Minijobs ist aktuell kaum durchsetzbar. Beim BVB war ich eigentlich sehr optimistisch, dass wir in diesem Jahr die Chancen nutzen – es braucht aber etwas mehr Beständigkeit. Als Sozialdemokratin und auch als Vorsitzende des BVB-Fanclubs im Bundestag bleibe ich jedoch positiv!